



Tagesordnung I Punkt 18 der öffentlichen Sitzung am 12. Februar 2009

Vorlagen-Nr. 08-V-20-0075

Einführung eines Bürgerhaushaltes

Beschluss Nr. 0084

1. Die Ausführungen zum Bürgerhaushalt und die Ressourceneinschätzung werden zur Kenntnis genommen.
2. Ein Bürgerhaushalt nach z. B. dem Kölner Vorbild kann wegen der notwendigen Vorbereitungszeit (Phasen, Personal, DV-Technik, Sachkosten) frühestens für den Haushalt 2012/2013 eingeführt werden.
3. Als Zwischenschritt wird für den Haushalt 2010/2011 ein erweitertes Beteiligungsverfahren (Ortsbeiräte) schrittweise integriert. Bereits existierende Beteiligungsinstrumente (wie z. B. das Kurierforum in der Vergangenheit) werden dafür genutzt und ausgebaut. Für die Umsetzung wird für das Jahr 2009 ein Budget von maximal 226.000 € zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt aus der Deckungsreserve.
4. Über die Erfahrungen zum (Modell)-Projekt „Bürgerhaushalt“ wird im Herbst berichtet und im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Haushalt 2010/2011 über das weitere Vorgehen entschieden. Sollte sich für eine Fortführung entschieden werden, wird das für die Haushaltsjahre 2010/2011 notwendige Budget im Rahmen des Aufstellungsverfahrens zum Haushalt 2010/2011 der Deckungsreserve zugesetzt.
5. Der Magistrat (Dezernat I/20) wird beauftragt das erweiterte Beteiligungsverfahren (Ortsbeiräte) umzusetzen.
6. Der Magistrat (Dezernat I/20) wird beauftragt, *die* Gremien im Februar 2009 über den Stand der Umsetzung zu unterrichten.
7. Der Magistrat (Dezernat I/20) wird beauftragt den Bürgerhaushalt 2010/2011 zu begleiten, um Erfahrungen zu gewinnen und Anfang 2010 ein dann ausführliches Konzept für den Bürgerhaushalt 2012/2013 erstellen zu können.
8. Es besteht Einvernehmen, dass zeitnah (möglichst im Ältestenausschuss am 05.02.2009) die Gründung einer Arbeitsgruppe „Bürgerfachgespräche“ initiiert werden soll.

(antragsgemäß Magistrat 03.02.2009 BP 0128,
Ziffer 8 ergänzt durch den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung 04.02.2009 BP 0049)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2009

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .02.2009

1. Dezernat I/20
mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Abdruck:
Dezernate I/10 und I/16
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister